

Budower Lokal-Anzeiger

Zeitung für die Märkische Schweiz



Budower Bade- u. Verkehrsanzeiger

Erscheint wöchentlich dreimal (Dienstag, Donnerstag, Sonnabend). Bezugspreis mit Posten in Budow monatlich 1,10 R.-M., durch die Post bezogen 1,28 R.-M. einschließlich Bestellgeb. Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Kurt Siroh, Budow / Fernsprecher Nr. 54

Anzeigenpreise: Die 6-gespaltene Zeitspalte oder deren Raum 0,20 R.-M., im Werbeteil 0,50 R.-M. Anzeigenannahme an den Erscheinungstagen bis spätestens 9 Uhr vormittags. Druck und Verlag: Buchdruckerei Siroh, Budow (Märkische Schweiz), Königstraße Nr. 4

Öffentliches Verkündungsblatt für die städtischen Behörden von Budow, sowie für die Gemeinden Waldsiedersdorf, Bollersdorf, Hasenholz usw.

Beilagen: Dienstag: Zeitbilder, illust. Unterhaltungsbeilage • Donnerstag: Der Garten und das Haus (14 täglich) • Sonnabend: Wort und Bild

Nr. 55 Donnerstag, den 4. Mai 1933 38. Jahrgang

Der Weg zur Einheitsgewerkschaft

Die Führung der neu aufzubauenden Arbeiterfront hat Dr. Ley selbst übernommen

Berufsständische Wirtschaft

Die Gleichhaltung in der Wirtschaft, wie sie durch die Gleichstellung aller Organisationen der Freien Gewerkschaften abbrechend sich zeigt, ist in vollem Gange. Wie in einem Rundschreiben des Arbeitsministeriums an die Wirtschaftsverbände betont wird, „ist die Reichsregierung entschlossen, die deutsche Arbeits- und Wirtschaftsverfassung grundlegend neu zu ordnen mit dem Ziel, alle an der nationalen Wirtschaft Beteiligten zu wahrer Wirtschaftsgemeinschaft zusammenzuschließen“. Wie die Durchführung sich im einzelnen gestalten wird, steht noch nicht fest. Aus den von der Reichsregierung beschlossenen Uebergangsmaßnahmen lassen sich jedoch schon jetzt gewisse Schlüsse auf einen der wesentlichsten Umgestaltungspläne ziehen, nämlich auf die Neuregelung des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den Betrieben sowie auf die Betriebsvertretungen der Arbeitnehmer. Hier tritt die — selbstverständliche — Absicht in Erscheinung, den Einfluß des nationalen Staates auch in den einzelnen Betrieben zu sichern und die künftige Organisation der Unternehmer und Arbeiter vornehmlich unter dem Gesichtspunkt des übergeordneten Interesses des nationalen Staates vorzunehmen. Der Anfang ist gemacht in Gestalt der praktischen Ausschaltung der sogenannten Monopolgewerkschaften. Eine nationale Arbeitsverfassung kann nur vom Einzelbetrieb ausgehen, da die wirtschaftliche Grundlage der nationalen Volksgemeinschaft die soziale Arbeits- und Wertgemeinschaft des Betriebes ist. Der Betrieb ist weit mehr als der tarifliche Begriff einer Werks- oder Betriebsgemeinschaft, er hat einen ganz anderen, tieferen sozialökonomischen Charakter. Die Grundlage für eine Neugestaltung auf diesem Gebiete ist erst gegeben, wenn die Organisationsverhältnisse der Unternehmer und Arbeiter umgestaltet sind. Die bisherige Gliederung des wirtschaftlichen Verhandlungswesens entspricht einmal den Sonderinteressen der einzelnen Wirtschaftszweige und Landchaften, in ihrer Dreigliederung in freie Wirtschaftsverbände, Arbeitgeberverbände und öffentlich-rechtliche Kammern aber dem bisherigen politischen System. Die wichtigste Frage der Zukunft wird die sein, ob jene Dreigliederung noch notwendig sein wird und dem neuen Wirtschafts-, Volks- und Staatsbild entspricht, das die nationale Regierung hat und zur allgemeinen Anerkennung bringen will und muß. Man kann sich vorstellen, daß Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften in ihrer bisherigen Hauptfunktion als Kampfverbände überflüssig werden, denn im Zuge des neuen Staats-, Wirtschafts- und Volksgemeinschaftsideals liegt die Wirtschaftsfriedlichkeit. Der Nationalismus erkennt nicht wie das liberale System der Arbeitskampfs als Mittel des Ausgleichs und Fortschritts an. Man kann sich ferner vorstellen, daß die bisherige Arbeitsteilung zwischen Kammern und freien Wirtschaftsverbänden zu einem großen Teil ihren Sinn verliert. Die veralteten Wirtschaftskammern müssen im Zuge des korporativen Aufbaus überholt werden; die freien Wirtschaftsverbände leben eine ihrer früheren Hauptaufgaben, nämlich beim von allen Interessen umwobenen Parteienstaat ihr Sonderinteresse durchzusetzen, heute angeht eines starken und unabhängigen Staates weitgehend entwertet. Diese Rückwirkungen im wirtschaftlichen Verbandswesen sind aber doch nur Oberflächenerscheinungen tieferer Wandlungen. Auf die Gesichtspunkte dieser Wandlung kommt es an. Man kann sich dabei von dem Staats korporative des Faschismus wohl antreiben lassen, wird sich aber hüten müssen, ihn zu kopieren. Das wesentlichste, was man vom Mussolinismus lernen kann, ist der „Empirismus“, also ein ganz unorthodoxer Aktivismus, der kühn und vorichtig zugleich vorgeht, gefühlvolle und phantastische Konjunkturalismen vermeidet und sich vor allem auf Erfahrungen und gewachsene Formen stützt. Der Faschismus ist sowohl mit keinem Korporativsystem wie mit Strukturänderungen der Wirtschaft, insbesondere der Zunftbildung, sehr vorsichtig vorgegangen und verfährt vorurteilslos nach den Gesichtspunkten wirtschaftlicher Zweckmäßigkeit und Ergiebigkeit. Daß man in Deutschland auch über diese Fähigkeit zum „Empirismus“ verfügt und sich nicht auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik und des berufsständischen Aufbaues dogmatischen Ideologen und Systematiker, wie wir sie in der ersten Nachkriegszeit hatten, zu verschreiben braucht; beweist die Reichsreform mit der Staatshalterie, die ein Stück nationalsozialistischen Empirismus ist. So wird man auch hier bei dem allmählichen ständischen Aufbau der Wirtschaft vorsichtig vorgehen und besonders darauf bedacht sein müssen, die Selbstverantwortung des Unternehmers durch einen berufsständischen Aufbau nicht zu erdrücken, sondern anzuregen und einzuspinnen. Bei der ganzen Reform muß eine Sicherung der Wirtschaftsfriedlichkeit zwischen Unternehmer und Arbeiter, eine Vereinfachung des Verbandswesens, eine gute wirtschaftliche Beratung des Staates durch tüchtige Männer und eine Durchlegung des staatlichen Willens im wirtschaftlichen Bereich herausbringen, aber keine Schwä-

Neues in Kürze

Am 10. Mai findet in Berlin der erste deutsche Arbeiterkongreß statt. Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei trat im Reichstag unter Führung Hugenbergs zu einer Sitzung zusammen. Die Reichsbahn hat einen großzügigen Plan für Auftragserteilung an Industrie und Handwerk ausgearbeitet. Das neue Segelschiff „Gorch Fock“, Ersatz der verunglückten „Niobe“, ist in Hamburg vom Stapel gelaufen. Auch in den Betrieben muß Führung sein, die sich in Freiheit regen kann.

Arbeiterfront geschlossen

Alle Verbände unterstellen sich bedingungslos der Führung Adolf Hitlers.

Berlin, 4. Mai. Nach einer Mitteilung Dr. Lays haben inzwischen der Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften, der Gewerkschaftsbund Deutscher Angestellter, Arbeiter und Beamtenverbände (Hirsch-Duncker), der GdA, der RdA, und andere Verbände sich bedingungslos der Führung Adolf Hitlers und den Anordnungen des Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit unterstellt. Heute würden mit dem DAV, als letzten Verband Verhandlungen stattfinden. Es sei zu hoffen, daß auch diese Organisation den Geist der Zeit erkenne und sich dem großen Werke einfüge. Damit wäre zum ersten Male, so schreibt die NSK, dazu in der deutschen Arbeiterbewegung die Zusammenfassung aller Arbeiter- und Angestelltenverbände erreicht und eines der größten Werke vollendet, die die Geschichte des deutschen Arbeiterkumms zu verzeichnen hat. Wie der Leiter des Komitees weiter mitteilt, hat er jetzt, nachdem sich diese Verbände bedingungslos und vorbehaltlos der NSDAP unterworfen haben, die Absicht, die sachlichen und fachlichen Kräfte aus diesen Organisationen zur Mitarbeit heranzuziehen. Schon auf dem in der nächsten Woche stattfindenden großen Arbeiterkongreß in Berlin wird dieser Wille zum Ausdruck gebracht werden.

Der neue Gewerkschaftsführer

Der Leiter des Aktionskomitees zum Schutze der deutschen Arbeit Dr. Ley, hat angeordnet, daß der Führer der Arbeiterverbände, Walter Schumann, die gesamte Leitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands, des Gewerkschaftsrings deutscher Angestellter-, Arbeiter- und Beamtenverbände sowie kleinerer Verbände übernimmt. In einer weiteren Anordnung weist Dr. Ley daraufhin, daß einige unverantwortliche Elemente im Arbeitgeberlager die gewaltige Einheitsaktion in der Arbeiter- und Angestelltenchaft dazu benutzen, um zu Tarifkündigungen zu schreiten und damit ihrer Profitgier zu dienen. „Ich warne und erkläre“, fährt Dr. Ley fort, „daß bis zur endgültigen Formierung der deutschen Arbeiterfront alle Tarifverträge unbedingt innezuhalten sind und bitte, die verantwortlichen Leitungen der NSD, in den Betrieben, im Wiederholungsfall mir unverzüglich an die Zentralstelle, Berlin C., Inselstr. 6, Mitteilung zu machen. Einzelverhandlungen allgemeiner Art, die Abschließung von Tarif- und Wirtschaftsverträgen usw. sind streng untersagt und werden fortan nur zentral vom Aktionskomitee zum Schutze der deutschen Arbeit geführt.“

Erklärung der Industrie

Berlin, 4. Mai. Der Reichsverband der Deutschen Industrie veröffentlicht eine Erklärung, in der es u. a. heißt: Entsprechend dem Beschluß des Präsidiums vom 6. April, durch den der Vorsitzende Dr. Krupp von Bohlen und Halbach einstimmig zur Vereinfachung und Umgestaltung der industriellen Verbände ermächtigt worden ist, wird Herr von Bohlen die ihm übertragenen außerordentlichen Vollmacht dazu benutzen: um auf dem Gebiete der industriellen Verbandsorganisation das wirtschaftlich Gegebene mit dem politischen Notwendigen abzustimmen — die neue Organisation in Uebereinstimmung mit den politischen Zielen der Reichsregierung zu bringen und sie zugleich so rationell und schlagkräftig zu gestalten, daß sie ein wirksames Instrument der industriellen Wirtschaft im Rahmen des nationalen, sozialen und gesamtwirtschaftlichen Wiederaufbaues sein kann.

Diese zweifache Aufgabe erstreckt sich nicht nur auf den Wiederaufbau des Reichsverbandes der Deutschen Industrie selbst, sondern sie umfaßt auch den großen Fragenkreis der berufsständischen Gliederung der Wirtschaft überhaupt. Für die einzelnen aktuellen Fragegebiete, z. B. der Organisation und der berufsständischen Gliederung, der auch für das Wirtschaftsleben unentbehrlichen ethischen Grundlagen, der Währungs- und Kreditpolitik, der Steuerpolitik usw., werden besonders beratende Ausschüsse bestimmt werden.

In Anerkennung des Führerprinzips wird Herr von Bohlen in sämtlichen Ausschüssen selbst den Vorsitz unter dem Vorbehalt der Ernennung von Stellvertretern und die Verantwortung für die Entscheidung übernehmen.

Nach Aufstellung eines endgültigen Planes für die Reorganisation des industriellen Verbandslebens werden die maßgebenden Gremien zu einer besonderen Tagung einberufen werden, um das endgültige Fundament für die neue Gestaltung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zu schaffen.

Die Presse des Auslandes

zur Gleichhaltung der Freien Gewerkschaften

in Paris: Die Aktion gegen die Freien Gewerkschaften Deutschlands findet in der französischen Presse erst vereinzelt ein Echo. „Petit Parisien“ beschränkt sich vorerst darauf, einen Bericht seines Berliner Korrespondenten wiederzugeben, der feststellt, daß das Vorgehen gegen die Gewerkschaften in Kreisen der Arbeiterchaft auf keinen merklichen Widerstand stoßen werde, denn dort sei man von dem Verhalten der Gewerkschaftsführer enttäuscht, die während der letzten zehn Jahre die Interessen des Arbeiterlandes nicht voll gewahrt hätten.

Der sozialistische „Populaire“ spricht davon, daß die Gewerkschaftsführer das Programm Hitlers angenommen hätten, um der Konfiszierung der Vermögen ihrer Organisationen zu entgehen. Im Interesse der Arbeiterklasse hätten sie sich dazu erbötet, mit den Arbeitgebervereinigungen zusammenzuarbeiten. Das Blatt glaubt, in dieser Einstellung der Gewerkschaftsführer „Opfer“ erblicken zu müssen, die sich jetzt als vergeblich erweisen hätten. Das Blatt läßt sich dazu hinreißend, sogar von einer Zerstörung der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu sprechen.

Das Gewerkschaftsblatt „Le Peuple“ sieht in der Aktion gegen die Gewerkschaften die logische Folge eines politischen Prinzips, denn, so schreibt das Blatt, das Unvermeidliche sei geschehen. Wieder einmal habe sich erwiesen, daß „der Faschismus dort, wo er aktiv wird, Feind der Arbeiteraktion ist und sein muß“.

in London: Die englischen Blätter berichten über das Vorgehen gegen die Freien Gewerkschaften in großer Ausführlichkeit, machen jedoch meist nur ganz kurze Bemerkungen dazu.

Das Arbeiterblatt „Daily Herald“ führt aus, daß dieser Handstreich gegen die Gewerkschaften seit langem erwartet worden sei, doch habe es unter den deutschen Gewerkschaftsführern Leute gegeben, die da glaubten, wenn sie den Mantel nach dem Winde hingien, könnten sie sich halten.

Die „Morningpost“ meint, daß die Beweggründe der Regierung zur Aktion gegen die Gewerkschaften zu suchen seien erstens in dem drohenden Vantrot der Gewerkschaften, für den die Arbeiter die Regierung verantwortlich gemacht haben würden, und zweitens in der Notwendigkeit — vom nationalsozialistischen Standpunkt aus gesehen —, alle wichtigen Organisationen im Lande zu kontrollieren. Die riesige Mantelgebung der nationalsozialistischen Zellenorganisation in den Fabriken und Betrieben hat gezeigt, daß Vorkontrolle und moralisches Erwachen bereits innerhalb weniger Wochen eine größere Arbeiterorganisation ins Leben gerufen haben als sie die Gewerkschaften auf ihrem Höhepunkt besaßen.

„Deutschnationale Front“

Entschließung der DNVP.

Berlin, 4. Mai. Der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei nahm einstimmig eine Entschließung an, in der darauf hingewiesen wird, daß die ungeheure Aufgabe des inneren Aufbaues und die Deutschland drohenden außenpolitischen Gefahren ein auf gegenseitiges Vertrauen gegründete Zusammenarbeiten aller Gliederungen der nationalen Front verlangen. Die Deutschnationale Volkspartei erhebe für ihre Angehörigen und Kameraden den selbstverständlichen Anspruch auf volle Gleichberechtigung auf allen Gebieten des politischen und wirtschaftlichen Lebens. In der Entschließung heißt es dann zum Schluß: Da der Parteienstaat von Weimar und sein System der Vergangenheit angehören, nennt sich die Deutschnationale Volkspartei — entsprechend einer vom Parteiführer schon in der Vorstandssitzung im Dezember gegebenen Anregung — künftig „Deutschnationale Front“.